

## RWE-Versammlung: Nicht ohne Protest



Rote Linie vor RWE: Aktivist\*innen demonstrierten gegen den Klimakiller Braunkohletagebau. (Foto: mehu)

**Menschen, die enteignet und verdrängt werden, die ihr Zuhause verlieren. Gerodete Wälder, verwüstete Landstriche, um an die darunter liegenden Rohstoffe zu kommen. Das passiert nicht in den Urwäldern weit weg von uns. Solche Szenarien spielen sich seit Jahrzehnten auch direkt vor unserer Haustür ab. Nämlich in den großen von RWE betriebenen Braunkohletagebaugebieten Hambach und Garzweiler im Rheinland – und das nur, damit das Ruhrgebiet und NRW vermeintlich günstigen Strom erhalten. Der Widerstand dagegen wächst und wird drastischer. Doch die Reaktionen darauf ebenfalls. Auf der RWE Hauptversammlung vergangenen Donnerstag trafen Protest und Aktionär\*innen aufeinander.**

Der Dachverband der kritischen Aktionäre Attac und das Aktionsbündnis „Ende Gelände“, riefen zu einer Kundgebung vor dem Veranstaltungsort auf. Unter dem Motto „Rote Karte für RWE“ versammelten sich etwa 40 Aktivist\*innen, um gegen die klimafeindliche Unternehmenspolitik des Konzerns zu demonstrieren. Boris Loheide von Attac kritisierte aber den Standort der Kundgebung: „Aufgrund der Baustelle an der Grugahalle stehen wir dieses Jahr hier an der Straße und nicht unmittelbar vor der Halle. Das ist sehr schade!“ Auch der Umgang der Polizei traf auf Unverständnis: „Wir sind aus der U-Bahn gestiegen und wurden sofort von der Polizei begleitet. Die Polizei hat anscheinend nicht verstanden, uns zu schützen statt RWE.“

Mit Blick auf die Demonstration haben die Aktivist\*innen unter anderem eine etwa 30 Meter lange, rote Stoffbahn als symbolische rote Linie hochgehalten. Konkret kritisieren die Beteiligten den Braunkohleabbau im Rhein-Erft-Kreis und der damit verbundenen Abholzung des Hambacher Forstes (akduell berichtete).

Denn nach Meinung der Demonstrant\*innen sei der Wechsel auf erneuerbare Energien längst überfällig und der Abbau von Braunkohle nicht mehr zu rechtfertigen. Dennoch ist nicht nur der größte Tagebau Deutschlands in Hambach durchaus lukrativ: Aus der Energiestatistik geht hervor, dass NRW 2015 mit der Braunkohle etwa 40 Prozent des gesamtdeutschen Stroms produziert.

### Ultimatum und Festnahmen

Das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ geht sogar noch einen Schritt weiter und forderte in einer Rede auf der Hauptversammlung einen sofortigen Ausstieg aus der Kohleförderung bis Ende August. Wörtlich heißt es in der Rede: „Wenn Sie die Frist verstreichen lassen und bis zum 23. August die Tagebaue und Kraftwerke nicht stilllegen, werden wir es tun. Denn dann ist Ende im Gelände.“

Im Laufe der Kundgebung wurde bekannt, dass es zu einem Polizeieinsatz an der RWE-Zentrale kam. Dort wurden mehrere Aktivist\*innen daran gehindert auf dem Vordach des RWE-Turms ein Banner aufzuhängen. Gegenüber der akduell kritisierte eine bekannte Kletteraktivistin der Szene die übertriebene Härte des Sicherheitspersonals, aber auch der Polizei. Demnach wurde die Leiter, auf der sie stand „einfach unter Ihren Füßen weggezogen“. Auf Ihrem Blog schrieb sie zu dem Vorfall: „Essen ist so gut wie in RWE Hand und die der Polizei verhält sich, als käme der Einsatzbefehl direkt aus der RWE-Zentrale.“

Der Protest reichte bis in die Versammlung hinein. Der Dachverband der kritischen Aktionäre lässt sich seit 1986 mit Stimmrechtsübertragungen in den Hauptversammlungen vertreten und bekommt somit die Möglichkeit, mit Redebeiträgen unmittelbar Gehör zu finden und öffentlichen Druck auszuüben.

### Liberaler Leitfäden



Die FDP will in NRW weiter mitmachen. Wir haben uns das Wahlprogramm angesehen auf den **Seiten 4 und 5**.

### Kurdisches Kulturfest



Kurd\*innen wollen ihre Kultur präsentieren. Ein Abstecher nach Duisburg-Marxloh auf der **Seite 6**.

### akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: [www.akduell.de](http://www.akduell.de). Auf Facebook findet ihr uns unter [www.facebook.com/akduell/](https://www.facebook.com/akduell/) und bei Twitter via [@akduell](https://twitter.com/akduell).

Der Braunkohletagebau gilt als Klimakiller. Immer neuere Messergebnisse kommen zu dem Ergebnis, dass die freigesetzte Feinstaubbelastung in etwa 30 Prozent über den zulässigen EU-Grenzwerten liegen. Auch Schwermetalle wie Quecksilber werden in die Atmosphäre freigesetzt. Wie drastisch die Landschaft zerstört wird, zeigen beispielsweise die Bilder aus den Abbaugebieten wie Garzweiler II. RWE ist darum bemüht, die entstandenen Krater zu renaturieren, jedoch bringt das das Zuhause der umgesiedelten Menschen nicht wieder zurück. Auch der Verlust archäologischer Funde wird in Kauf genommen. Mittlerweile hat der Konzern darauf reagiert und lässt die zukünftigen Abbaugelände nach möglichen alten Siedlungen erkunden. Diese können dann lediglich kartographiert und kleinere Funde gerettet werden. Siedlungsreste werden dennoch den Baggern zum Opfer fallen.

Der Braunkohleabbau ist bis zum Jahre 2030 gesichert. Solange werden Menschen umgesiedelt und Landschaften zerstört. Doch solange wird auch der Protest dagegen weitergehen. Und das mit immer drastischeren Mitteln. **[mehu]**

# Mitentscheiden, was auf den Teller kommt

## Kommentar

### Kommen 20 Frauen nach Berlin...

Ein Kommentar von Lea Sleiman

... um über „Economic Empowerment“ zu sprechen. Beim W20 (eine Art G20-Gipfel mit „Frauenfragen“) kamen Frauen von definitiv nicht überall her für eine ein- einhalbstündige Fragerunde zusammen. Ivanka Trump zu Besuch beim deutschen Frauenrat, dem Bundesinnenministerium und dem Unternehmerinnenverband mit Bundeskanzlerin Angela Merkel ergibt nicht besonders feministisch. Sagt Merkel selbst, die ja eingeladen hat, obwohl bestimmt Frauen\* unterbezahlt zum reibungslosen Ablaufs dieses Treffens beitragen mussten. Die meisten Reinigungskräfte sind schließlich weiblich.

Die Agenda: Arbeitsmarktinklusiv, digitale Zugangschancen, finanzielle Partizipation. Frauen haben in vielen Bereichen nicht gleichberechtigte Zugangschancen zum Finanzmarkt, dem Arbeitsmarkt und auch nicht zur Digitalisierung. Stattdessen sind sie dafür immer noch viel mit unbezahlter Sorgearbeit – also Haushalt, Kinder, Angehörige, Selbstsorge – beschäftigt. Eine Königin oder Milliardärstochter repräsentieren jedoch kaum den Großteil der weiblichen\* Bevölkerung. An die richten sich jedoch die Projekte, von denen gesprochen wird, um solchen Missständen entgegenzuwirken. Computerkurse für Frauen\* beispielsweise. Oder die Ausstattung mit Kapital zur Unternehmensgründung, auch, weil sich erwiesen habe, dass Frauen\* besser wirtschaften und langfristiger planen würden.

Dass jedoch mit einzelnen Projekten nur den Teilnehmer\*innen geholfen wird und die Missstände bleiben, wird nicht besprochen. Denn dann müsste man an den Kern des Problems: Nämlich wie Arbeit grundlegend sexistisch strukturiert ist. Dass es unbezahlte Arbeit und Niedriglohnjobs gibt, Unternehmerinnen\*, die sich in einer Machtposition gegenüber Arbeitnehmer\*innen befinden. Gesellschaftliche Mechanismen, die dafür sorgen, dass junge Mädchen weniger Anreize haben sich mit Technik auseinanderzusetzen.

In der Rezeption des Panels nimmt die Kleiderwahl der Teilnehmer\*innen mehr Raum ein als die Forderung, den Gender Pay Gap zu schließen. Studien hätten ergeben, dass ökonomische Gleichstellung viele Formen von Diskriminierung aufheben kann. Beim G20-Gipfel sitzen dann aber wieder vorwiegend männliche Personen. Ziel des weiblichen Panels war es, Wirtschaftswachstum und Frauen\*-Empowerment gleichzeitig zu realisieren. Dass das eine jedoch auf dem Rücken der anderen bisher stattfindet, umschreibt den Widerspruch, der gekannt ignoriert wird.

Bereits mehrfach stand das Studierendenwerk Essen-Duisburg für den Betrieb seiner Mensen und Cafeterien in der Kritik (aktuell berichtete). Die Mensa Bibliothek auf dem Duisburger Campus wurde zum Wintersemester 2016/2017 überraschend geschlossen; die Studierenden in der Cafeteria an der Schützenbahn müssen sich mit mageren Öffnungszeiten zufrieden geben. Am Dienstag, 25. April, in Essen und am Donnerstag, 27. April, in Duisburg hieß es nun: Willkommen beim Mensa-Stammtisch. Das Studierendenwerk setzt auf den Dialog mit und Anregungen von den Studierenden.

Um 7 Uhr beginnt der Arbeitsalltag für das Küchenpersonal. Dann heißt es: Brötchen belegen und das Mittagessen vorbereiten. In der Hauptmensa Essen gehen am Tag etwa 3.500 Mahlzeiten während der Vorlesungszeit über die Theke. Bei einer Verpflegung von möglichen 51.700 Studierenden in Essen, Duisburg, Mülheim und Bottrop heißt das jede Menge Arbeit. Wie diese noch verbessert werden kann, wollten Ökotrophologe Oliver Lubojanski und die Verantwortliche für Kommunikation und Kultur des Studierendenwerks, Johanne Peito, wissen und stellten sich der vielen Fragen der Studierenden und Studierendenvertreter\*innen.

Besonderer Fokus lag im Gespräch in Essen auf der Mensa Folkwang. Die AStA-Vorsitzende der Folkwang Universität der Künste, Lena Frömmel, machte sich sowohl für ein besseres, veganes Angebot als auch für energiereichere Speisen für die Tänzer\*innen stark. Anders als in den Hauptmensen habe man dort nicht die Möglichkeit, jeden Tag vegan zu essen, es sei denn, man greife auf Beilagen und Salat zurück. Eine zweite Soße für mehr Kombinationsmöglichkeiten und eine zweite Stärkebeilage, die den Kalorienbedarf abdecken soll, dienen als Lösungsansatz.

Ein weiteres Problem sei die Auskunft zu Allergenen. Zwar werde sich an die Auszeichnungspflicht gehalten, bei Menüs sei dennoch nicht klar, welche der einzelnen Komponenten welche Allergene enthalte. „Weder das Ausgabepersonal noch der Koch kann mir das sagen“, stellt eine Betroffene frustriert fest. Lubojanski erklärt, dass eine detailliertere Auszeichnung aufgrund des Warenwirtschaftsprogramms nicht möglich sei. Die Köche sollten dennoch Bescheid wissen, so Lubojanski. Als Lösung wolle man an einer entsprechenden Mappe für das Personal der Mensa Folkwang arbeiten. Für die Cafeterien sei bereits die Einführung von Touchpads geplant, die je Produkt die Allergene angeben und die bisherigen Mappen ersetzen sollen. Warum Nahrungsmittel nicht als glutenfrei ausgezeichnet werden, liege daran, dass diese erst im Labor getestet werden müssten. Eine Spurenauszeichnung hingegen sei nicht notwendig. Man bedauere, dass an Zöliakie leidende Menschen daher das Angebot der Mensen nur begrenzt wahrnehmen können.

Um herauszufinden, welche Gerichte am besten bei der Studierendenschaft ankommen, möch-



Was fehlt? Was kann verbessert werden? Der Mensa-Stammtisch bietet Platz zum Austausch. (Foto: caro)

te der AStA der Folkwang gemeinsam mit dem Studierendenwerk eine Umfrage durchführen. Der Aussage Peitos, Schnitzel und Bratwürste verkauften sich am häufigsten, kontert Frömmel: „Dadurch, dass es jeden Tag angeboten wird, ist man ja auch geneigt, dann Fleisch zu essen.“ Deutlich wurde auch die Nachfrage nach mehr Bio-Produkten. In kleinen Schritten würden die Studierenden sich – neben Nudeln und Reis – auch über Bio-Gemüse freuen. Dies scheitere bisher an deutlich höheren Preisen, so die Erklärung seitens des Studierendenwerks. Ingesamt, so Peito, wolle man aber darauf achten, „dass Einrichtungen noch stärker auf den Bedarf vor Ort eingehen, individueller werden“.

### Blick in die Großküche

In Schutzkitteln gehüllt ging es nach dem Gespräch hinter die Kulissen. Der Küchenleiter erklärte die verschiedenen Abläufe, sowie die Funktionen der einzelnen Küchengeräte. Zwei Spülanlagen für je rund 100.000 Euro sortieren, spülen und stapeln Geschirr inklusive der Tablets. Einzig die Schälchen und das Besteck müssen noch per Hand gestapelt beziehungsweise in ihre entsprechenden Kästen gelegt werden. Neben dem aktuellen Ablauf in der Küche, werden auch vergangene Strukturen beleuchtet. So wurden etwa Schweine früher in der eigenen Metzgerei vor Ort zerlegt. Die Führung endete nach Besichtigung der Lagerräume am Warenein- und -ausgang, wo regelmäßig die Speisereste zur Energiegewinnung abgeholt werden.

Wie es um die Mensa in Duisburg steht, war vor allem Thema des dortigen Stammtisches. Da uns bis Redaktionsschluss die Ergebnisse des dortigen Gesprächs noch nicht vorlagen, werden wir zu gegebenem Zeitpunkt auf unserer Homepage ein Update geben. Peito erklärte, es solle in jedem Fall bei der neuen Mensa, die 2018 fertiggestellt werden soll, auf mehr Individualität und Flexibilität geachtet werden. So seien „nachmittags kleinere Ausgaben, die länger geöffnet haben“ geplant. Auch in Zukunft sollen die Stammtische fortgeführt werden. Aufgrund der geringen Teilnehmer\*innenanzahl, sollen diese aber in die Abendstunden verlegt werden, um Überschneidungen mit Stundenplänen zu vermeiden. [caro]

# #NRWIR haben keine Wahl

Ein lauwarmer Montagabend in Neuss, die Sonne steht noch leicht am Himmel, einige Wolken verdecken sie. Die Wolkendecke für die afghanischen Geflüchteten und Unterstützenden vom Bündnis „Afghanischer Aufschrei“ ist heute nicht aufgebrochen. Erneut wurden neun Menschen aus NRW mit einer Sammelabschiebung ins Kriegsgebiet Afghanistan abgeschoben. Seit einigen Monaten protestierten Alizadah, ein Geflüchteter aus Afghanistan und Maria\*, eine Unterstützerin der selbstorganisierten Gruppe „Afghanischer Aufschrei“ gegen diese Praxis.

Bis heute hat sich jedoch wenig verändert, aber zumindest die Grünen in Nordrhein-Westfalen wissen sie in der Thematik hinter sich. Die forderten ihren Koalitionspartner SPD kürzlich öffentlich dazu auf, einen dreimonatigen Abschiebestopp zu verhängen – bislang vergeblich. Alizadah und Maria wollen das heute ändern. Sie und ihre Mitstreiter\*innen wollen die NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) direkt bei einer Wahlkampfveranstaltung der SPD anlässlich der Landtagswahlen in Neuss konfrontieren.

Bereits eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung kommen sie, ausgerüstet mit Schildern und Transparenten, am Zeughaus Neuss an. Vor dem Eingang stehen diverse Autos, alle tragen Fotos verschiedener SPD-Politiker\*innen auf sich. „#NRWIR“ lautet das Motto der diesjährigen Wahlkampagne der derzeit noch stärksten Kraft im Landtag. Der afghanische Aufschrei hat sich diesen Slogan zu eigen gemacht: „#NRWIR haben keine Wahl“ ist ihre Botschaft an die Gäste der Veranstaltung.

## Bloß keine „Störung“

Die Hoffnung, dass es von der NRW-SPD heute eine klare Aussage gibt, ist bei Alizadah und Maria trotzdem nicht groß. Ihr Ziel ist es vor allem, den Druck zu erhöhen. Zunächst zeigen sich einige Mitarbeitende der SPD gesprächsbereit, sie sprechen die Gruppe an. Entgegen der Erwartung haben die Sozialdemokrat\*innen aber eigentlich nur eine Befürchtung: „Wir wollen keine Störung der Veranstaltung“, sagt Jörg Biesterfeld, SPD-Angestellter und verantwortlich für Licht und Ton auf der Veranstaltung.

Die Diskussion verläuft schleppend. Die Sozialdemokrat\*innen verstehen das Gespräch vor allem als strategische Verhandlung: „Frau Kraft ist bereit, jetzt mit ihnen zu reden, unter der Voraussetzung, dass wir danach unsere Veranstaltung so durchführen können, wie wir es möchten.“ Es sei ein „luxuriöses Angebot“, fügt Biesterfeld hinzu. Was die SPD unter der Voraussetzung versteht, wird erst deutlich, als die Aktivist\*innen darauf beharren, „wie alle anderen“ an der Veranstaltung teilzunehmen. „Wir wollen, dass die Diskussion auch öffent-



Abschiebungen ins Kriegsgebiet? Die Gruppe Afghanischer Aufschrei demonstriert seit Sommer 2016 dagegen. (Foto: rod)

lich geführt wird“, sagt Maria, während Alizadah für die anderen Afghan\*innen übersetzt.

Die Sozialdemokrat\*innen besprechen sich, als sie wieder kommen heißt es: „Sie können alle in die Veranstaltung kommen und ihre Fragen stellen. [...] Die Schilder lassen Sie bitte draußen, die Taschen geben Sie bitte an der Garderobe ab.“ Die Nachfragen der Aktivist\*innen lassen nicht lange auf sich warten: „Und Frau Kraft?“, fragt Maria irritiert. „Sie wird nicht exklusiv mit ihnen reden, weil sie jetzt in die Veranstaltung gehen“, erwidert Jörg Biesterfeld. Schließlich könne man „im Leben nicht alles haben“.

## „Geben Sie bitte ihre Taschen ab!“

Die Empörung bei den Geflüchteten und Aktivist\*innen steigt sekundlich, sie haken nach: „Müssen alle Gäste ihre Taschen abgeben oder nur wir?“, fragt Maria. SPD-Mitarbeiter Biesterfeld zögert und zögert: „Geben Sie bitte ihre Taschen ab!“, fordert er die Gruppe erneut auf. Die Aktivist\*innen sind geschockt: „Sollen wir jetzt unsere Sachen abgeben, nur weil wir anders aussehen?!“ Das stellt bis dato den traurigen Tiefpunkt der Diskussion dar. Am Ende einigen sich alle zwangsläufig darauf, dass die Geflüchteten und Aktivist\*innen so rein kommen wie alle anderen auch.

Als die Afghan\*innen im Raum sitzen, schreiben sie ihre Fragen auf Interview-Karten, die ans Podium weitergegeben werden. Im Vorfeld erklärt Kraft jedoch, dass sie nicht auf alle Fragen eingehen werde, einige würden das Land schließlich nicht betreffen. Ob damit auch die Abschiebungen aus NRW nach Afghanistan gemeint sind, lässt sie offen.

Auch die Diskussion hält noch nach: „Ich fand krass als Alizadah mit Herrn Biesterfeld geredet hat. Er hat ihn keines Blickes gewürdigt und nur uns oder sein Smartphone angeschaut“, sagt Maria. So richtig will sich bei der Wahlkampfveranstaltung niemand zum Thema Abschiebungen nach Afghanistan äußern. Auch Krafts Pressesprecher möchte auf Nachfrage der aktuell keine Fragen dazu beantwor-

ten, dass ihr Koalitionspartner, die Grünen, sie gerade zu einem Abschiebestopp aufgefordert haben.

## Prozedere statt Stellungnahme

Als die Fragen der Afghan\*innen vorgelesen werden, sitzen alle gespannt auf ihren Plätzen. Die Antworten sind jedoch nicht zufriedenstellend. Kraft gibt an, dass das Land NRW gar nicht abschieben würde, die Kommunen seien dafür verantwortlich. Irritierend ist hingegen, dass das Landesinnenministerium die Abschiebungen organisiert – so auch die heutige. Die Ministerpräsidentin gibt ein langes Statement ab, in dem sie das grobe Verfahren schildert, wie es zur möglichen Abschiebung kommt. Die Frage nach dem UN-Bericht, der besagt, dass es keine sicheren Regionen in Afghanistan gebe und warum die NRW-SPD folglich nicht den Abschiebestopp verhängen, bleibt unbeantwortet.

Auch die letzten Hoffnungen der Geflüchteten und Aktivist\*innen sind damit begraben. Die NRW-SPD wird den Abschiebestopp nicht verhängen und so nutzte der „afghanische Aufschrei“ das Mittel ihres Namens: Sie protestieren vor dem Veranstaltungsort; verteilen Flyer. Das Transparent mit ihrer Botschaft „#NRWIR haben keine Wahl“ findet heute doch noch den Weg in die Augen der Veranstaltungsteilnehmer\*innen. Nachdem viele Menschen zunächst teilnahmslos, beinahe ignorant, an den Geflüchteten vorbei ziehen, wollen einige noch diskutieren.

In Neuss ist man sich nicht einig über die Lage in Afghanistan. Alizadah hingegen weiß um die Umstände dort. Erst kürzlich ließ US-Präsident Donald Trump dort die „Mutter aller Bomben“ abwerfen und auch das Auswärtige Amt warnt deutsche Bürger\*innen eindringlich vor einer Reise nach Afghanistan. Die NRW-SPD hingegen will aus den Fakten keine politischen Entscheidungen machen. Wie absurd das ist, fühlen vor allem die afghanischen Geflüchteten und Aktivist\*innen. Auf die deutsche Sozialdemokratie können sie sich auch in Neuss nicht verlassen. [rod]

\*Name der Redaktion bekannt

# Mit neuen Themen in die Landtagswahl



Gegen die rot-grüne Koalition: Die FDP kritisiert die Regierungsparteien. (Foto: fro)

**Die FDP möchte nicht wieder wie auf Bundesebene in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Und die Liberalen haben in Nordrhein-Westfalen auch gute Chancen weiter Landespolitik mitgestalten zu können – ob in der Regierung mit der CDU als Koalitionspartner oder auf der Oppositionsbank. Im letzten Teil unserer Reihe haben wir uns das Landtagswahlprogramm der FDP für euch angeschaut.**

„Unser Ziel ist, dass die Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen in den besten Schulen der Welt unterrichtet werden,“ heißt es im Wahlprogramm der FDP – und zwar für alle. Beim Durchblättern des zirka 50-seitigen Wahlprogramms wird deutlich, dass die Liberalen schwerpunktmäßig mit der Bildungspolitik für die Landtagswahl am 14. Mai punkten wollen. Vom Besuch der Kindertagesstätte bis zur Universität möchte die Partei Chancengleichheit gewährleisten. Gleichzeitig solle die Karriere der Eltern nicht beeinträchtigt werden, weshalb es nötig sei, auch 24-Stunden-Kindertagesstätten einzurichten.

Besonders die Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte sind für die Liberalen ausschlaggebend, ins Bildungssystem investieren und es überarbeiten zu wollen. Schließlich seien die Anforderungen an Berufsanfänger\*innen gestiegen. Die Schule sei daher in der Verantwortung, dem gestiegenen Leistungsdruck zu folgen und verstärkt Fremdsprachen, mathematisch-naturwissenschaftliche und technische Fächer sowie den Umgang mit digitalen Medien zu fördern. Insgesamt sieht die FDP Schulen in der Pflicht, sich mehr den Bedürfnissen der Wirtschaft anzupassen, um Schüler\*innen auf den Konkurrenzkampf vorzubereiten. Schulen müssten auch als Sozialräume gesehen werden – daher sollten auch vermehrt Referent\*innen aus der freien Wirtschaft Schüler\*innen über die Arbeitswelt informieren. Ein kritischer Blick auf Lobbyismus fehlt dabei.

In den „kinderreichsten Stadtteilen mit den größten sozialen Herausforderungen“ möchte die FDP 30 „Top-Gymnasien“ einrichten. Dort soll die modernste Pädagogik und die beste Ausstat-

tung vorhanden sein. In den Grundschulen sollen junge Talente gefördert werden, die anschließend Talent-Schulen besuchen dürfen. Auch die sollen zum Großteil naturwissenschaftlich-technisch geprägt sein, um dem Bedarf des Marktes gerecht zu werden. Ziel des Konzepts sei es, eine Integration von Schüler\*innen aus sozial schwachen und wohlhabenderen Familien herzustellen. Da die Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen stehen sollen, bleibt fraglich, wie erfolgreich das integrative Projekt sein würde.

Konkurrenzfähigkeit ist für die FDP im Bildungssystem ein wichtiges Anliegen. „Mit einem Flickenteppich aus 16 Schulsystemen in den verschiedenen Bundesländern sind wir international nicht mehr konkurrenzfähig“, heißt es im Wahlprogramm. Es gelte, einen Wettbewerb der Bundesländer um die besten Ideen zu initiieren. Allerdings erreichen sowohl die Schweiz als auch Kanada, deren Staaten ebenfalls föderal aufgebaut sind, in den PISA-Studien bessere Ergebnisse.

## Mehr Freiheiten für Schulen und Universitäten

Derzeit können nordrhein-westfälische Bürger\*innen über eine Wiedereinführung des G9-Systems abstimmen (aktuell berichtete). Die FDP möchte sich nicht zwischen den beiden Positionen entscheiden und verweist auf Pro- und Contra-Standpunkte verschiedener Akteur\*innen. Sie hebt hervor, dass an manchen Schulen G8 gut funktioniere, an anderen wünsche man sich hingegen das Abitur nach neun Jahren zurück. In liberalem Verständnis spricht sich die FDP daher dafür aus, dass die Schulen selbst entscheiden können, welchen Weg gymnasialer Bildung sie einschlagen wollen.

Auch sollen Eltern frei entscheiden können, welche Schulform das Kind besuchen soll. Die FDP legt hier ein Bekenntnis zum mehrgliedrigem Schulsystem ab. So könne am besten auf die Bedürfnisse der Schüler\*innen eingegangen werden. Gleichzeitig möchte die Partei am inklusiven Unterricht festhalten – allerdings müsse die Schule personell entsprechend ausgestattet sein. Andernfalls dürften dort keine inklusiv betreuten Lerngruppen unterrichtet werden. Ob diese Schulen

langfristig dahingehend aufgerüstet werden und sich gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention an der Inklusion von Kindern mit Behinderung beteiligen sollen, lässt die FDP offen. Neben der Inklusion möchte die Partei zudem einen Fokus auf Begabtenförderung setzen.

Ebenso wie an Schulen soll auch an Universitäten der Zugang für Unternehmen vereinfacht werden. Explizit betont die FDP, dass die Hochschulen leichter Drittmittel einwerben und mit Partner\*innen aus der Wirtschaft kooperieren sollen. Dass Unternehmen ihre Interessen im Wissenschaftsbetrieb zum Eigenwohl einbringen können, ist für die Liberalen kein Problem.

## Sozial schwach? Das Dreifache an Schulden

Die hochschulpolitischen Pläne der FDP würden besonders Studierende hart treffen – vor allem jene aus sozial schwächeren Verhältnissen. Die Liberalen wollen die finanzielle Unterstützung durch das BAFöG abschaffen. Ersetzt werden soll das durch einen elternunabhängigen Zuschuss für alle Studierende von monatlich 300 Euro. „Diese Förderung fasst alle bisher an die Eltern gezahlten Leistungen und gewährten Vergünstigungen zusammen [...]“, heißt es im Wahlprogramm. Das heißt: Auch das Kindergeld entfele. Außerdem soll der Anspruch von Studierenden auf Ausbildungsförderung gegenüber ihren Eltern in dieser Höhe entfallen. Die Eltern würden entlastet.

Eine Modellrechnung nach dem derzeitigen FDP-Wahlprogramm: Der BAFöG-Höchstsatz liegt derzeit bei 649 Euro pro Monat ohne Renten- und Pflegeversicherungsbeträge. Dazu kommt noch das Kindergeld für das erste und zweite Kind in Höhe von 192 Euro. Das macht insgesamt 841 Euro. Bislang müssen BAFöG-Empfänger\*innen die Hälfte des an sie ausgezahlten Betrags zurückzahlen, die maximale Darlehensschuld liegt aber bei 10.000 Euro – Master schon inklusive.

Geht es nach der FDP, sollen Studierende zusätzlich zum unabhängigen Zuschuss von 300 Euro ein „zinsgünstiges und zinsstabiles“ Studendarlehen in Höhe von bis zu 500 Euro aufnehmen. Bislang mussten Studierende einen zinsgebundenen Studienkredit nur aufnehmen, falls sie nicht BAFöG-berechtigt waren. Mit der FDP sollen alle davon abhängig sein. Wie hoch die Zinsen sein werden, sagt die FDP nicht und eine Obergrenze der Schulden schlägt sie ebenfalls nicht vor.

Allein für ein Bachelorstudium in Regelstudienzeit müssten Studierende, die bislang auf den BAFöG-Höchstsatz angewiesen waren, also im schlimmsten Fall statt 10.000 etwa 18.000 Euro plus Zinsen nach dem Studium zurückzahlen. Wer dann auch noch den Master in Regelstudienzeit anhängt, sogar 30.000 Euro plus Zinsen – mehr als das Dreifache. Noch dazu hätte man pro Monat 41 Euro weniger in der Tasche als bisher. Zurückgezahlt müssten diese Schulden im Laufe des Erwerbslebens unter „Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“, so die FDP.

Studierende mit einkommensstarken Eltern

hätten es hingegen leichter: Sie bekämen statt 192 Euro Kindergeld laut FDP 300 Euro und könnten sich den Rest weiter von den Eltern finanzieren lassen. Damit würden vor allem sozial benachteiligte und auf BAFöG angewiesene Studierende stärker persönlich belastet, obwohl die FDP generell mehr „Chancengleichheit“ in der Bildung anstrebt.

Eine weitere Belastung für Studierende plant die FDP mit der Wiedereinführung von Studiengebühren in Höhe von bis zu 500 Euro pro Semester, die die Universität verlangen kann. Die sollen „nachgelagert“ werden – also auch nach Abschluss des Studiums einkommensabhängig zurückgezahlt werden. Für ein Bachelorstudium 3.000 Euro, mit Masterstudium 5.000 Euro – nur die Regelstudienzeit vorausgesetzt. Diese von der FDP als Erfolgsprämie bezeichneten Studiengebühren: „k[önnen] auch prozentual auf das Einkommen in den ersten Berufsjahren bezogen ausgestaltet sein.“

Die Liberalen erklären ihr Vorhaben, Studiengebühren in ein sozial verträgliches Gewand zu hüllen, damit, dass es ungerecht sei, wenn Geringverdienende den Universitätsbesuch anderer zahlen müssten. Die finanziellen Mehrbelastungen, die die FDP im Sinn hat, dürften vor allem Studieninteressierte aus sozial benachteiligten Familien am Streben nach einem höheren Abschluss hindern. Bislang sprechen sich alle Parteien – auch die CDU nach einem Schlingerkurs – gegen eine Wiedereinführung von Studiengebühren aus.

### Für Abschiebungen und Einwanderungsgesetz

Die FDP sieht die Gewährleistung von Asyl als humanitäre Verpflichtung und möchte Fluchtsachen bekämpfen – hält aber gleichzeitig eine verstärkte Abschottung der Außengrenzen für notwendig. Auch bei in Deutschland lebenden Geflüchteten reihen sich die Liberalen in die Riege von Parteien wie CDU und SPD ein, die Abschiebungen befürworten. So müssten Geflüchtete „ohne Bleibeperspektive“ sowie kriminelle Ausländer\*innen abgeschoben werden – eine klare Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund ihrer Nationalität. Nicht nur FDP und CDU gehen mit dieser Forderung auf Stimmenfang – die gleiche Aussage nur als schärfere Parole hört man im neonazistischen Umfeld. Perfide ist vor allem die Begründung, weshalb man Menschen abschieben müsse: „Hier müssen von Bund und Land endlich Voraussetzungen für schnelle Abschiebungen geschaffen werden, um die Akzeptanz für Flüchtlinge in der Gesellschaft nicht zu gefährden.“ Für Geflüchtete, die nicht abgeschoben werden sollen, möchte die Partei den Zugang auf den Arbeitsmarkt erleichtern.

Hinsichtlich eines Abschiebestopps nach Afghanistan gab es bei der FDP auf dem Bundesparteitag am Wochenende hitzige Debatten. Während die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sowie die Jungen Liberalen die Forderung nach einem Abschiebestopp im Bundesparteiprogramm verankern wollten, sprach sich die Mehrheit der Delegierten



Jetzt in Magenta: Die FDP. (Foto: fro)

dagegen aus. „In Deutschland entscheiden unabhängige Gerichte, ob jemand ausgewiesen wird oder nicht“, hieß es vom Parteivorsitzenden und NRW-Spitzenkandidaten Christian Lindner, der die Verantwortung damit nicht auf der politischen Ebene sieht. Mit der FDP werden also weiterhin Menschen in Kriegsgebiete zurückgeschickt.

Für eine erfolgreiche Migrationspolitik sei ein Einwanderungsgesetz notwendig, das sich am kanadischen Vorbild orientiere. Mit einem Punktesystem sollen junge, gut ausgebildete Menschen migrieren können. Kriterien für eine Einreise sind für die FDP der Bildungsgrad, Sprachkenntnisse, Alter, Beruf sowie der Fachkräftebedarf in Deutschland. Ebenso wie bei den Vorstellungen zur Bildungspolitik wird mit dem Einwanderungsgesetz die Verwertungslogik der Liberalen deutlich.

### Modernes Familienbild

Für die FDP besteht eine Familie nicht zwangsweise aus Mann, Frau und Kindern. „Daneben leben heute beispielsweise auch Alleinerziehende, Patchwork Familien oder gleichgeschlechtliche Paare mit und ohne Kinder als Familie zusammen“, heißt es im Wahlprogramm. Im Sinne eines pluralistischen Familienbildes möchte sich die FDP daher auch für eine Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare stark machen – und zwar in vollem Umfang. Damit würde sich die Partei auch für ein Adoptionsrecht für homosexuelle Paare einsetzen. Außerdem habe die FDP „null Toleranz gegen diejenigen, die Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminieren“, heißt es im Wahlprogramm. Dazu zählt die FDP nicht nur Homo-, sondern auch Bi-, Trans- und Intersexuelle sowie Transgender.

Die FDP positioniert sich gegen veraltete Rollenbilder und möchte die Integration von Frauen auf dem Arbeitsmarkt verbessern. Noch immer verdienen Männer deutlich mehr als ihre Kolleginnen, Führungspositionen sind männlich dominiert. Die FDP strebt eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an und möchte dafür beispielsweise die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vereinfachen. Eine Frauenquote lehnt sie jedoch ab. „Auf dem Arbeitsmarkt soll Leistung zählen“, heißt es im Wahlprogramm. Für die Frage, wie Frauen ansonsten gleichberechtigt am Berufsleben teilhaben können, stellt die FDP kein Konzept vor. [fro]

## Bilden!

### Expedition Happiness



Von Alaska bis Mexiko: Filmemacher Felix Stark, seine Freundin Selima Taibi und der Berner Sennenhund durchquerten den amerikanischen Kontinent mit einem Schulbus und sahen auf ihrer Reise durch Gletscher, Wüsten und Dschungel wilde Wölfe, Elche sowie einen Grizzly. Resultat ihres Abenteuers ist der Dokumentarfilm Expedition Happiness. Eine Ticketreservierung wird empfohlen.

✓ **Donnerstag, 4. Mai, 20 bis 21.30 Uhr, Cinemaxx Essen, Eintritt ab 8,50 Euro**

## Blümchen!

### Saft und Kraft aus Wildkräutern

Wildpflanzen werden unterschätzt. Sie sind sehr gut. Man kann sie nicht nur im Salat oder als Wildspinat essen. Wildpflanzen können sogar als eigenständige Gerichte oder als spezielles Gewürz verwendet werden. Besonders im Frühjahr eignen sie sich ausgezeichnet für verschiedene Speisen. Das ist gut. Barbara Traud ist seit Jahren Wildkräutersammlerin. Sie möchte Tipps geben, wie man mit Wildpflanzen kulinarische Meisterwerke zaubern kann. Bitte einen Stoffbeutel, Körbchen, Schneidebrett, Messer, Küchenhandtuch, Besteck, Tasse sowie einen Teller mitbringen. Anmeldungen werden via [gb@bonnekamp-stiftung.de](mailto:gb@bonnekamp-stiftung.de) angenommen.

✓ **Samstag, 6. Mai ab 10.30 Uhr, Bonnekamphöhe, Essen, Eintritt 15 Euro**

## Beteiligen!

### DortBUNT

Ein buntes Wochenende kommt auf Dortmund zu! Das Stadtfest geht in die zweite Runde und bereitet mit elf Bühnen und sechs Neuheiten über 120 Stunden Programm ein reichhaltiges Angebot. Auch die Sängerin Aura Dione wird den Dortmunder\*innen ihre geballte Sangeskraft präsentieren. In den dunklen Abendstunden werden die Besucher\*innen eingeladen, ganz fancy ihre Smartphones in die Höhe zu halten und sich an einer großen Lichterperformance zu beteiligen.

✓ **Samstag und Sonntag, 6. Mai ab 12 Uhr und 7. Mai bis 20 Uhr, Friedensplatz Dortmund, Eintritt frei**

# Ausgelassene Feierstimmung in Rot-Gelb-Grün

**Zum wiederholten Male hat die kurdische Community in Duisburg-Marxloh ein Kulturfestival veranstaltet. An insgesamt vier Tagen kamen mehrere hunderte Menschen zusammen, um ausgelassen und in Farbe ihre Kultur zu präsentieren und zu feiern. Als Nicht-Kurdin war ich eine Rarität auf dem Festplatz – ein Erlebnisbericht.**

Duisburg-Marxloh: „No Go Area“, „Sozialer Brennpunkt“, „Problemviertel“ – mit diesen Beteiligungen kenne ich das Stadtviertel im Duisburger Norden aus den Medien. Ich bin relativ neu im Pott, wohne jetzt seit knapp einem halben Jahr in Essen und selbst daran muss ich mich noch etwas gewöhnen. Aber Duisburg-Marxloh? Das war jetzt nicht unbedingt ein Duisburger Stadtteil, durch den ich an einem entspannten, sonnigen Sonntagnachmittag spazieren gehen würde. Und doch ist es heute mein Ziel. Am Duisburger Hauptbahnhof angelangt, ist es noch ein Stück bis in den Norden der Stadt. Über 25 Minuten, über die Ruhr, am Hafen und den Krupp-Werken vorbei, gelange ich mit der Straßenbahnlinie 901 schließlich auf die Kaiser-Wilhelm-Straße. Ein kleiner Platz am Rande der Straße ist mit kurdischen Symbolen, Figuren und Teppichen geschmückt. Der Geruch von Lammfleisch und Fladenbrot liegt in der Luft. Es tummeln sich viele Menschen, auch viele Kinder auf und um den Platz herum. Einige sind bunt gekleidet, tragen glitzernde Kleider, Kopftücher oder Hosen. Viele haben ein rot-gelb-grünes Halstuch um Hals oder Kopf gebunden. Die Farben der kurdischen Flagge dominieren den Platz.

Ich schaue mich um. Ein junger Mann hat eine orangene Weste übergezogen, auf der ihn ein Schriftzug als Ordner des Kurdischen Kulturfestivals ausweist. Ich spreche ihn auf Deutsch an, sage, dass ich von einer Studierendenzzeitung komme und gerne mit einem der Organisator\*innen sprechen wolle. Er scheint mich nicht zu verstehen und bringt mich zu einem weiteren, älteren Mann. Ich wiederhole meine Frage. Er führt mich zu Bawer Beri. Der 25-jährige Deutsch-Kurde ist Mitorganisator der Kurdischen Kulturtage in Duisburg. Denn auch das ist der Pott, auch das ist Duisburg und besonders Marxloh: Geschätzte 64 Prozent der Anwohner\*innen haben hier einen Migrationshintergrund, hauptsächlich aus Südosteuropa. Und auch viele Kurd\*innen haben sich hier niedergelassen. Viele von ihnen feiern heute ein Fest. Vier Tage lang, vom 28. April bis zum 1. Mai, dauert die ausgelassene Stimmung an.

## **Vielfältiges Kulturprogramm**

Zum zweiten Mal nach 2016 veranstaltete das Demokratische Kurdische Gesellschaftszentrum Deutschland (kurz: Nav-Dem) in Duisburg dieses Fest. Der Verein Nav-Dem hat sich auf soziale und kulturelle Aktivitäten in Duisburg spezialisiert. Ein Highlight ist das Kulturfestival: „Wir haben es dieses Jahr noch vielfältiger als letztes

Mal. Unser Ziel ist, dass es sich von Jahr zu Jahr vergrößert und vielfältiger wird“, erklärt Beri. Hinter ihm, am Schreibtisch, hängt ein großes Portrait des inhaftierten PKK-Führers Abdullah Öcalan. Die PKK, die seit 2002 von der Europäischen Union als terroristische Organisation bezeichnet wird, gilt, laut Verfassungsschutz, als Basis von Nav-Dem.

An diesem Sonntag geht es aber weniger um Politik. Es geht vielmehr darum, wie auch schon an den Tagen zuvor, die kurdische Kultur zu präsentieren. „Das Highlight am Samstag war sicherlich die kurdische Hochzeits-Prozession“, sagt Mitorganisator Beri. „Dabei holt der Mann mit seiner Familie die Braut mit einem Pferd ab. Vorher muss er der Braut drei Äpfel auf den Kopf werfen“. Er lacht. „Das klingt jetzt etwas brutal.“ Die Bedeutung dahinter sei aber etwas Schönes: „Die drei Äpfel stehen für Glück in der Ehe und Glück für die Zukunft. Sie symbolisieren Freude und Liebe“, so der 25-Jährige. Mit einigen hundert Menschen seien sie am Samstag vom Amtsgericht in Hamborn bis zum Festplatz in Marxloh gelaufen. Das Pferd, sowie das Brautpaar selbst waren dabei feierlich geschmückt und dekoriert. Es wurde gefeiert und getanzt.

Bunt, kunstvoll und durchaus laut geht es auch an diesem Nachmittag zu. Die Stimmung ist gut, die Sonne scheint und die kurdischen Musikklänge regen zum Tanzen an. Einige finden sich auf dem Platz zusammen, um, in einer Reihe nebeneinander aufgestellt, beieinander eingehakt, zu tanzen. Immer mehr Tanzbegeisterte finden sich zusammen, bis irgendwann ein ganzer Kreis entstanden ist. Das einzige, was die Stimmung für mich trübt, ist die Tatsache, dass ich kein Wort von der Moderation verstehe: alles auf Kurdisch. Einige Männer halten zwei Finger ausgestreckt in die Höhe: das Victory-Zeichen. Erst später finde ich heraus, dass es teilweise auch zur Identifizierung mit der PKK verwendet wird.

## **Praktizierte Kultur als Identitätsfindung**

Die kurdische Gemeinde in Duisburg ist groß, glaubt Bawer Beri. Es sei jedoch schwierig, eine genaue Zahl festzumachen, weil viele nicht direkt in der Community bekannt seien. „Es sind so viele Leute aus Nordsyrien und Kurdistan in den letzten fünf Jahren hergekommen, da kennen wir viele noch gar nicht“, erklärt der Deutsch-Kurde. Im Verein selbst seien rund 500 Leute aktiv oder passiv beteiligt. Die aktuellen Entwicklungen in der Türkei, insbesondere das

Ergebnis des Referendums (aktuell berichtete) stößt in der Community auf Ablehnung. „Das Wahlergebnis hat uns alle hier sehr erschüttert“, sagt Beri. „Die Gesellschaft in der Türkei hat sich damit selbst ein Bein gestellt und geht den Abgrund herunter“, resümiert er. In der Türkei war er selbst noch nie.

Trotzdem oder gerade deswegen sei es ihm aber wichtig, sich seine kurdischen Wurzeln zu bewahren. Er sieht es auch als Pflicht seinen Vorfahren gegenüber: „Ich kenne meine Kultur oder die Kultur meiner Vorfahren nur aus Er-



*Kann sich sehen lassen: Bunte, farbige kurdische Trachten als Teil eines vielfältigen Kulturprogramms in Duisburg-Marxloh (Foto: rat)*

zählungen. Aber ich bin da so sehr verbunden, weil ich es wichtig finde, dass ich meine Vorfahren, die da alles haben stehen und liegen lassen, Respekt zolle, indem ich meine eigene Identität nicht vergesse.“ Auch deswegen engagiere er sich seit nun sechs Jahren im Verein in der Kulturvermittlung. „Mir ist es wichtig, die Kultur am Leben zu erhalten, weil ich will, dass die nächsten Generationen die Kultur auch kennenlernen“, so Beri. Durch das Kulturfestival soll jedoch nicht nur der Zusammenhalt innerhalb der kurdischen Gemeinschaft gestärkt werden, sondern auch mit der nicht-kurdischen Gesellschaft, das ist Beri wichtig zu betonen: „Es geht darum, dass wir einen Teil unserer Kultur repräsentieren, sodass auch Nicht-Kurden unsere Kultur kennenlernen und Vorurteile und Ängste aus der Welt geschaffen werden können“.

So bunt der Tag begonnen hat, so endet er dann auch: nämlich mit einer Vorstellung klassischer kurdischer Trachten. Eine Art Modenschau. Die „Models“ laufen im Kreis um den Platz herum und präsentieren ihre bunten, farbigen Kleider. Anschließend erläutern zwei Moderatoren die Funktion und Bedeutung einzelner Kleidungsstücke und deren Kombination – leider hauptsächlich auf Kurdisch. Das nächste Mal nehme ich wohl besser ein Deutsch-Kurdisches Wörterbuch mit. [rat]

# Niemand hat die Absicht, den Feierfeierabend einzuläuten



Zappelwütige Tanzbär\*innen schwingen bei tosenden Bässen ihren Pelz. (Foto: Smart Part of Art e.V.)

**Alle reden von Berlin, doch der Ruhrpott hat kulturell und für Feierwütige auch einiges zu bieten. Am Wochenende öffnete das Druckluft in Oberhausen seine Pforten für das Flabbergasted Festival. Unser Redakteur Meiko Huismann war vor Ort und begab sich auf Spurensuche.**

Das Ruhrgebiet ist gespickt von Vorurteilen und Klischees, mit denen wir fertig werden müssen. Aber in einem können wir uns einig sein. Wenn es ums Feiern und Spaß haben geht, macht uns keine\*r was vor. So auch am Wochenende auf dem Flabbergasted Festival. Dies fand bereits zum zweiten Mal statt. Nach dem riesigen Erfolg im vergangenen Jahr haben die Verantwortlichen alles daran gesetzt, den Spirit aus dem letzten Jahr wiederzubeleben. Das Wetter hielt pünktlich für dieses Wochenende all seine Versprechen. Das Druckluft in Oberhausen war genau die Location, die es braucht, um genau DAS aus dem Boden zu stampfen.

## Hallo Dubstep

Alle reden von Trap und dann kommt – nichts ahnend – der Dubstep um die Ecke. Das zog sich wie ein roter Faden durch den Sonntag. Dieser Hauch der Nostalgie machte das Ganze umso tanzbarer. Dennoch kam die berechtigte Frage auf, wieso um alles in der Welt läuft hier Dubstep? Das war schnell beantwortet: Weil es Bock macht. Die schon ins musikalische Rentenalter geschickte Musikrichtung hat in Oberhausen eine ungeahnte Auferstehung erlebt. Der Flair, den das Festival ausstrahlte, sucht im Ruhrgebiet seinesgleichen.

Schon am Eingang, wenn man in seiner einstudierten „OK, jetzt nichts anmerken lassen“-Pose auf die Türsteher\*innen zugeht, merkt man, dass es kein gewöhnlicher Ort zum Feiern ist. Das Sicherheitspersonal strahlte eine Gelassenheit aus, da fiel es nicht schwer sich sofort willkommen zu fühlen. Erst auf dem Gelände offenbarte sich das ganze Ausmaß des Festivals. Auf insgesamt acht Floors gab es von elektronischer Musik, über Punk bis hin zu Hip Hop alles mögliche auf die Ohren. Geneigten Campus-Fest-Besucher\*innen sollte der Name der Botticelli Baby ein Begriff sein. Am Samstag

heizten sie den Leuten auf der Outdoorbühne, mit ihrem an die goldenen Zwanziger Jahre anmutenden Sound, ordentlich ein.

Weiter ging es auf den anderen Floors mit CaterKarlos, East Indian Elephant, Earl Grau, DJ Cutoon von der Supakool Bande. Besonders hervorzuheben ist auch der Drum'n'Bass DJ Ambush Bassfalter aus Bochum, der nach langer Abstinenz wieder an die Plattenteller bewegt werden konnte, denn Ambush versteht sein Handwerk und war der einzige, der ausschließlich mit Vinylplatten aufgelegt hat. Bis in die frühen Sonntagmorgenstunden waren die Floors gefüllt und niemand hatte die Absicht, den Feierfeierabend einzuläuten.

Dennoch war am Sonntagmittag erst einmal genug mit der Tanzerei. Es sollte ja schließlich noch ein zweiter Tag folgen. Dem Vorabend stand er in nichts nach. Leider hatten wohl die meisten Partypeople genug vom Samstag. Schade, da sich das Lineup im Vergleich zum Vorabend nicht verstecken brauchte. Die aus dem Goethebunker bekannte DJane Desirée mischte am Sonntag ebenso mit wie Tante Dante und Flat Earth Society.

## Hau ab mit Kommerz!

An jeder Ecke war die Liebe zum Detail erkennbar. Nicht nur um das auditive Wohlempfinden der Besucher\*innen wurde sich gekümmert sondern auch um das leibliche. Feinste vegane Speisen bereicherten das Gesamtpaket. Selbst ein Barbier war anwesend und hat die Wünsche der Kund\*innen in die haarige Tat umgesetzt. Was die Leute dort organisiert hatten, war ein Festival fernab von Kommerz und Profit. Alle helfenden Hände arbeiteten als Ehrenamtliche und daher ist es umso höher anzurechnen, was dort auf die Beine gestellt wurde. Denn worum geht es? Eine schöne Zeit zu verbringen und Spaß zu haben.

Das Druckluft gab hinsichtlich der feierwütigen Meute einiges an Platz her. Leider haben das Angebot nicht alle Besucher\*innen in Anspruch nehmen können oder wollen. Denn im unmittelbaren Eingangsbereich befand sich die Technobühne. Der Großteil der Leute hat den hinteren Teil des Festivals schlichtweg nicht wahrgenommen. Das hatte zur Folge, dass es sich vorne staut und

## Kurzgefasst

### Gegen Studiengebühren auf die Straße

Soll ihre Bildung von den Studierenden bezahlt werden oder nicht? Die FDP in NRW sagt: Ja. Sie nennt das Konzept zum alten Thema „nachgelagerte Studiengebühren“ und fordert: Nach dem Studium sollen Absolvent\*innen 500 Euro pro Semester einkommensabhängig zurückzahlen. Auch Armin Laschet von der NRW-CDU hatte zwischenzeitlich wieder die Campus-Maut befürwortet. Gegner\*innen der Pläne monieren Hemmnisse, ein Studium aufzunehmen, wenn dafür Schulden gemacht werden müssen und dass Bildung keine Ware sein darf.

Eine Woche vor den Landtagswahlen in NRW am 14. Mai wird deswegen in Düsseldorf wieder gegen Studiengebühren demonstriert. Initiiert von der Grünen Hochschulgruppe der Universität Duisburg-Essen (UDE) haben sich mittlerweile die ASten der UDE, der Hochschule Niederrhein, der Hochschule Rhein-Waal, der Ruhr-Universität Bochum und das Landes-ASten-Treffen NRW dem Aufruf angeschlossen und rufen an die Plakate und Banner.

Abgeschafft wurden die Studiengebühren in NRW von der rot-grünen Koalition im Jahr 2011 – allerdings erst nach breiten Protesten und Universitätsbesetzungen im Rahmen des Bildungsstreiks. Auch heute finden die Demo-Organisator\*innen: „Als Studierende wollen wir keine weiteren Zugangshemmnisse zu Bildung aufbauen und deshalb eine Woche vor der Landtagswahl ein klares Zeichen für freie Bildung und gegen Bildungsbarrieren und Studiengebühren setzen“, so der Aufruf. [mac]

**Wann?** Am 7. Mai, 12 Uhr.

**Wo?** DGB-Haus Düsseldorf, Friedrich-Ebert-Straße 34.

**Wo lang? Zwischenkundgebung:** Graf-Adolf-Platz. **Ende:** Landtag Düsseldorf.

man das Gefühl bekam, als würde die Halle aus allen Nähten platzen. Und genau das hätte man im Vorfeld durchaus erwarten können, hat doch das Studierendenparlament der UDE einen Antrag bewilligt und das Flabbergasted mit insgesamt 3.500 Euro unterstützt. Tatsächlich verirrt sich nur wenige Studierende auf das Festival. Und bei 15 Euro pro Tageskarte handelt es sich um keinen konformen Eintrittspreis. Alles in allem war es dennoch ein gelungenes Festival, das hoffentlich im nächsten Jahr in seine dritte Runde startet. Denn Flabbergasted und das Druckluft passen wunderbar zusammen, auch mit einer gehörigen Portion Dubstep. [mehu]

# Zeitungsredakteur\*innen gesucht



## Du:

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und Wordpress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

**Der AStA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der aktuell-Redaktion eine\*n neue\*n Redakteur\*in.**

akuell-Redakteur\*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt. Außerdem gibt es ein festes Honorar für die Online-Redaktion (30 EUR pro Ausgabe). Während der Vorlesungszeit erscheint aktuell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird Montags von fünf Redakteur\*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, Mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt.

Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von dir, bis spätestens Sonntag, **14. Mai 2017** an: [vorsitz@asta-due.de](mailto:vorsitz@asta-due.de)

## Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

**Herausgeber:** AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Nadine Bendahou u.a.

**Projektkoordination:** Christian Patz

**Anschrift:** aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

**Comic:** Jennifer van de Sandt

**Gestaltung:** Alexander Bönninger

**Redaktion dieser Ausgabe:** Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Meiko Huismann (mehu), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleimann (lys), Robin Dullinge (rod), Mirjam Ratmann (rat)

**V.i.S.d.P.:** Philipp Frohn (fro)

**Auflage/Druck:** 3.000 / Megadruck, Westerstede

**E-Mail:** [redaktion@akuell.de](mailto:redaktion@akuell.de)

**Web:** [www.akuell.de](http://www.akuell.de)

## HIRNAKROBATIK

	7	3	6		2	9
9			2	8	3	1
	1	6	9			2
	8			1		
2			8	9	6	
7	2	8	3			9
3	9		5	6	7	

## WOHNHEIMGESCHICHTEN

